



## Pressemitteilung

### Irreguläre Migration: Praxisnahe Lösungen statt halbgare Gipfel-Kommunikation

Die irreguläre Migration über Basel nimmt seit Herbst 2022 zu. Um eine zeitnahe Entlastung der betroffenen Landkreise Waldshut und Lörrach zu erwirken, hat die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller nun einen parlamentarischen Antrag an die Landesregierung gerichtet. Die ausbleibende Unterstützung aus Berlin sieht Hartmann-Müller sehr kritisch – und richtet sich mit klaren Worten an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).

Waldshut-Tiengen, 17.02.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
Telefon: +49 711 2063 961  
sabine.hartmann-mueller@  
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro  
Hauptstraße 18  
79761 Waldshut-Tiengen  
Telefon: +49 7741 83 52 605  
Telefax: +49 7741 83 52 631  
sabine.hartmann-mueller.wk@  
cdu.landtag-bw.de



Laut übereinstimmender Medienberichte hat die irreguläre Migration an der deutsch-schweizerischen Grenze seit Herbst 2022 stark zugenommen – vor allem im Raum Basel. Für die besonders betroffenen Landkreise Lörrach und Waldshut entwickelt sich vor allem die Unterbringung und Betreuung minderjähriger Migranten zu einer echten Herkulesaufgabe.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller hält eine stärkere Unterstützung durch den Bund und das Land für nötig. „Die öffentliche Verwaltung trifft quasi täglich an ihre Kapazitätsgrenzen“, berichtet die Rheinfelderin. „Das Kernproblem ist und bleibt die langwierige Altersfeststellung. Um als Minderjährige behandelt zu werden, machen viele Migranten falsche Aussagen über ihr Alter. So wird eine personal- und ressourcenintensive Altersfeststellung erforderlich, die viele Kapazitäten bindet“, so Hartmann-Müller weiter.

Um eine praktikable Lösung herbeizuführen hat die CDU-Politikerin nun einen parlamentarischen Antrag an die baden-württembergische Landesregierung adressiert. „Mittels Amtshilfe und zusätzlichen Mitteln könnten die Verfahren wesentlich beschleunigt werden“, erklärte Hartmann-Müller. „Perspektivisch müssen wir uns aber auch Gedanken machen, wie wir die absichtlichen Täuschungen wirksam sanktionieren können. Wer den besonderen Schutzstatus von Minderjährigen missbräuchlich für sich selbst in Anspruch nimmt, sollte dafür auch zur Rechenschaft gezogen wer-

den“, erklärte die CDU-Frau. Dass sich erwachsene Männer damit den Zugang in Unterkünfte für vulnerable Gruppen erschleichen, sei völlig inakzeptabel.

Vom gestrigen Flüchtlingsgipfel in Berlin zeigte sich Hartmann-Müller enttäuscht. „Statt konkreter Finanzierungszusagen gab es erneut nur halbgezeigte Vorschläge von Bundesinnenministerin Faeser“, sagte Hartmann-Müller. „Wir brauchen jetzt zügige und vor allem pragmatische Lösungen. Praxisferne Ideen wie eine Unterbringung auf unerschlossenen Grundstücken bringen uns hier nicht weiter“, sagte Hartmann-Müller. Dies sei kurzfristig schlicht nicht umzusetzen und damit völlig realitätsfern. „Statt sich primär auf ihre SPD-Spitzenkandidatur in Hessen zu konzentrieren, sollte die Bundesinnenministerin endlich brauchbare Lösungsvorschläge vorlegen“, so Hartmann-Müller.